



# FUEN

Tätigkeitsbericht 2013



POLITICAL PARTICIPATION

FUNDAMENTAL RIGHTS

LINGUISTIC DIVERSITY

SOLIDARITY WITH THE ROMA

EUROPEAN CITIZENS' INITIATIVE

EUROPEAN NETWORK

FORUM OF THE EUROPEAN MINORITIES

# EINLEITUNG

In diesem Jahresrückblick möchten wir Sie, möchten wir Dich, über die Entwicklung der FUEV in den zurückliegenden 12 Monaten informieren. Wir haben viel gemeinsam geschafft. Der FUEV Kongress in Südtirol war ein voller Erfolg, wie haben neue Mitglieder aufgenommen, Resolutionen verabschiedet und eine Programmatische Erklärung gibt den politischen inhaltlichen Rahmen für unsere Arbeit vor. 2014 stehen die wichtigen Wahlen zum Europäischen Parlament bevor, eine neue Kommission wird sich finden und ein neuer siebenjähriger Finanzrahmen der Europäischen Union läuft an. Alles Anlässe, die die Zukunft in Europa maßgeblich mitbestimmen werden; Anlässe, die wir als Minderheiten in Europa mit prägen wollen.

Doch die zurückliegenden 12 Monate boten auch Rückschläge: Es war ein herbe Enttäuschung, als wir am 16.09.2013 von der Europäischen Kommission den Bescheid erhielten, dass unsere Bürgerinitiative „Minority SafePack“ abgelehnt wurde. Mit der lapidaren Begründung – „Minderheiten fallen manifest außerhalb des Kompetenzrahmens der Europäischen Union“. Eine Million Unterschriften wollten wir gemeinsam in Europa für die Vielfalt, für die Minderheiten und Sprachen sammeln. Doch man ließ uns nicht.

Schlagartig schien die mit viel Überzeugung und Enthusiasmus begonnene Reise (die natürlich auch viel Geld gekostet hat) beendet zu sein.

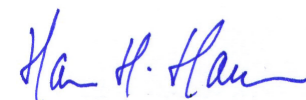
Doch als Vertreter von Minderheiten für Minderheiten wissen wir, dass wir für die Erreichung unserer Ziele einen langen Atem haben müssen. Prof. Oeter hat es an unserer erfolgreichen Konferenz in Cottbus zu den Sprachenrechten in Europa erst kürzlich klar formuliert: „Recht muss auch manchmal erkämpft werden“. Wie recht er doch hat!

Ich bin meinen Kollegen im Bürgerkomitee Kelemen Hunor, Anke Spoorendonk, Valentin Inzko, Luis Durnwalder und Karl Heinz Lambertz dankbar, dass sie gemeinsam entschieden haben, dass wir uns wehren und die Entscheidung der Kommission nicht einfach „kampflos“ hinnehmen. Wir haben uns entschieden, am Europäischen Gericht in Luxemburg eine Klage einzureichen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Minderheiten sehr wohl in den „Kompetenzrahmen“ der Europäischen Union gehören und dafür sind wir auch bereit vor Gericht zu ziehen.

Hierfür brauchen wir Eure Unterstützung. Wir müssen die enorme Solidarität, die bei der Vorstellung unserer Bürgerinitiative in Europa wie eine Welle angerollt kam, weiter nutzen. Wir müssen das kommende Jahr 2014 mit den Wahlen zum Europäischen Parlament und die Benennung der neuen Europäischen Kommission nutzen, um politisch Druck zu machen. Wir müssen am Ball bleiben und unsere gemeinsame Stärke ausspielen und deutlich machen, dass man uns ernst nehmen muss. Wir sind bereit, diese große Aufgabe gemeinsam mit Euch weiter zu führen:

Doch das kostet nicht nur Engagement und viel Durchhaltevermögen, sondern auch Geld. Geld das uns als europaweit tätige NGO leider nur sehr begrenzt zur Verfügung steht. Es bleibt also unsere große Herausforderung, wie wir es schaffen den Spagat zwischen inhaltlichem Anspruch und finanzieller Wirklichkeit zu schließen.

Ich hoffe, dass der Einblick in unsere vielfältige Arbeit in diesem Jahresrückblick Euch Lust auf mehr Minderheitenvernetzung, mehr Minderheitenarbeit im europäischen Verbund macht.



Hans Heinrich Hansen  
FUEV Präsident

# AUF DEM WEG ZU DEN 100

Die FUEV ist nicht nur der älteste (2014 feiert unsere Organisation ihr 65-jähriges Jubiläum), sie ist auch die größte Dachorganisation der autochthonen nationalen Minderheiten / Volksgruppen / Nationalitäten in Europa. Es freut uns sehr, dass die Mitgliedschaft in unserer Organisation begehrt ist und wir Jahr für Jahr neue Anträge auf Mitgliedschaft erhalten.

Wir haben vor drei Jahren in Eisenstadt begonnen, unsere Mitgliedschaften neu zu ordnen. Wir haben dafür gemeinsam mit unseren Mitgliedern lange diskutiert und notwendige Satzungsänderungen vorgenommen. Herausgekommen ist dabei ein transparentes Mitglieds- und Zahlungssystem. Die Bilanz des Prozesses ist bislang vielversprechend. Die Anfragen steigen, die Einnahmen wachsen und die Zahlungsmoral hat sich erheblich verbessert. Dafür sei all unseren Mitgliedern herzlich gedankt.

Das bedeutet jedoch auch, dass wir uns in dem Prozess von einigen Mitgliedern werden trennen müssen, die sich lange nicht mehr aktiv an unserer Arbeit beteiligt haben, oder seit geraumer Zeit nicht mehr zahlen. Doch niemand ist ausgeschlossen. Wer den Mitgliedsbeitrag nicht zahlen möchte oder kann, der ist als Fördermitglied für einen symbolischen Beitrag weiterhin gern gesehenes Mitglied der „FUEV Familie“. Zwar ohne direkten Einfluss, aber als gern gesehener Gast.

Unser Ziel ist es, in den nächsten drei Jahren die 100 Mitglieder-Marke zu nehmen. Denn wir sind der festen Überzeugung, dass es nur in einem starken Verbund gelingt, die Interessen der europäischen Minderheiten wirkungsvoll zu gestalten.

Wer einen Überblick über unsere Mitglieder wünscht – mit Kurzbeschreibungen und Bildern – der kann diesen auf unserer neuen „Mitglieder-Seite“ im Internet finden: [www.bit.ly/1h8G8Db](http://www.bit.ly/1h8G8Db)

# KONGRESS IN SÜDTIROL

Die Südtiroler wissen was sich gehört! Die rund 200 Minderheitenvertreter aus über 20 Ländern, die zum FUEV Kongress in das schöne Brixen gereist waren, kamen auf ihre Kosten. Nach 2003 fand erneut ein FUEV Kongress in Südtirol statt.

Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm bot unter anderem einen Besuch auf dem Schloss von Reinhold Messner, der es sich nicht nehmen ließ, die Gäste persönlich zu begrüßen. Ausflüge, gemütliche Abende bei Speis, Trank und Musik machten den Kongress 2013 zu einem besonderen Erlebnis.

Doch FUEV Kongresse sind bekanntlich keine Urlaubsfahrten, sondern bieten die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch und der aktiven Arbeit an der Weiterentwicklung der Dachorganisation.

Dementsprechend standen zahlreiche inhaltliche Themen im Mittelpunkt:

**Autonomie / Selbstbestimmung.** Fulminant und wortgewaltig eröffnete ein Freund der FUEV, der Landeshauptmann Luis Durnwalder, den Kongress mit einer Rede über die Entwicklung Südtirols von einer wirtschaftlich schwachen Region, zu einer der prosperierendsten Gegenden in ganz Europa. Für diese Erfolgsgeschichte machte Durnwalder die weitreichende Autonomie Südtirols verantwortlich. Er plädierte dafür, die Regionen in Europa zu stärken. Der „Grand old man“ der Südtiroler Volkspartei versprach der FUEV, ihr auch nach seinem Ausscheiden als Landeshauptmann als Unterstützer zur Verfügung zu stehen.

**Minority SafePack Initiative.** Tatkräftig unterstützt von unserem „Language Diversity Team“ wurde die Öffentlichkeit des FUEV Kongresses genutzt, um unsere Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack Initiative“ offiziell vorzustellen. Vier Mitglieder des Bürgerkomitees – Landeshauptmann Luis Durnwalder, RMDSZ-Vorsitzender Kelemen Hunor, UN- Beauftragter Valentin Inzko und FUEV - Präsident Hans Heinrich Hansen waren anwesend. Nicht ganz 1 Million Ballons – aber sehr viele – wurden bei dem stimmungsvollen Auftakt der größten Minderheiten-Aktion in der Geschichte der FUEV vom Brixener Domplatz in die Luft gelassen.

Ein schöner Kurz-Film hält den Optimismus des Tages in bewegten Bildern fest: [www.bit.ly/OmGoFb](http://www.bit.ly/OmGoFb)

Foto-Impressionen vom FUEV Kongress findet Ihr hier: [www.bit.ly/1fH5VJf](http://www.bit.ly/1fH5VJf)

**Wahlen.** Mit besonderer Spannung wurden die Wahlen zum FUEV Präsidium und dem FUEV Dialogforum (für die Vertretung der Kontakte zum Europäischen Parlament zuständig) erwartet. Denn in beiden Gremien kam es zu einer KampfAbstimmung. FUEV Präsident Hans Heinrich Hansen hatte sich erneut der Wahl zum Präsident gestellt und wurde eindrucksvoll wiedergewählt. Unter den Vizepräsidenten kam es zu einer Kampfwahl. Heinrich Schultz, Zlatka Gieler und Hauke Bartels beendeten ihre Tätigkeiten im Vorstand und Urs Cadruvi hatte sich bereits zuvor aus der aktiven Vorstandsarbeit zurückziehen müssen.

#### **Das neue / alte Präsidium setzt sich wie folgt zusammen (Stand: Juni 2013):**

1. Präsident Hans Heinrich Hansen, Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN)
2. Vizepräsidentin Martha Stocker, Regionalassessorin und Stellv. Obfrau der Südtiroler Volkspartei (SVP)
3. Vizepräsident Bernhard Ziesch, Geschäftsführer Domowina – Bund Lausitzer Sorben
4. Vizepräsident Loránt Vincze, Internationaler Sekretär der Allianz der Ungarn in Rumänien/Româniai Magyar Demokrata Szövetség (RMDSZ)
5. Vizepräsidentin Olga Martens, Vize-Präsidentin des Internationalen Verbandes der Deutschen Kultur (IVDK)
6. Vizepräsident Dieter Paul Küssner, Vorsitzender des Sydslesvigsk Forening (SSF)
7. Vizepräsident Halit Habipoglu, Präsident Avrupa Bati Trakya Türk Federasyonu (ABTTF)

#### **Im Dialogforum sind vertreten:**

1. David Statnik, Vorsitzender der Domowina, Lausitzer Sorben
2. Jens A. Christiansen, Generalsekretär des Sydslesvigsk Forening (SSF)
3. Nanti Olip, Vizepräsident des Rates der Kärntner Slowenen (NSKS)
4. Koloman Brenner, Mitglied des Vorstandes der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen (LdU)
5. Herbert Heuss, Geschäftsführer des Zentralrates der Deutschen Sinti und Roma
6. Bernard Gaida, Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG)
7. Gabriela Novak-Karall, Geschäftsführerin des Hrvatski centar, Burgenland-Kroatin

**Programmatische Erklärung.** Die FUEV hat, vorbereitet vom FUEV Präsidium, eine „Programmatische Erklärung“ vorgelegt, die einstimmig von den FUEV Delegierten angenommen wurde. Die Programmatische Erklärung legt die politischen Forderungen der FUEV fest. Dabei werden die in der Europäischen Bürgerinitiative festgehaltenen Forderungen politisch unterlegt und konkretisiert. Damit ist die FUEV gut vorbereitet, um 2014 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament eine aktive Rolle einzunehmen und das politische Gewicht auf europäischer Ebene zu stärken.

#### **Es wurden auch drei neue Mitgliedsorganisationen aufgenommen:**

Partei der Ungarischen Gemeinschaft in der Slowakei / Magyar Közösség MK

Freundschaft, Gleichheit und Frieden Partei aus Westthrakien / Dostluk Eşitlik Barış Partisi

Bretonische Nationalpartei / Strollad Breizh

#### **Die FUEV Delegiertenversammlung verabschiedete folgende Resolutionen:**

Domowina – Bund Lausitzer Sorben/Zwjazk Łužiskich Serbow/Zwězk Łužyskich Serbow  
**Stärkung der Kulturautonomie der Sorben**

Internationaler Verband der deutschen Kultur – Russische Föderation  
**Bedenken über neues Gesetz Nr. 121 FS: NGO als „ausländische Agenten“**

Mejlis of the Crimean Tatar people (Verein der Krimtataren)  
**Andauernde Diskriminierung der Krimtataren in der Region Krim (Ukraine)**

Hrvatski Centar Beč / Kroatisches Zentrum Wien  
Hrvatsko kulturno društvo / Kroatischer Kulturverein im Burgenland  
Narodni svet koroških Slovencev / Rat der Kärntner Slowenen  
**Volkgruppenrechte in Österreich**

Rat der Deutschen der Ukraine  
**Ethnopolitik und deutsche Minderheiten in der Ukraine**

Western Thrace Minority University Graduates Association (WTMUGA)  
Federation of Western Thrace Turks in Europe (ABTTF)  
**Prävention von Hass motivierten Übergriffen auf die türkische Minderheit in West-Thrakien**

Western Thrace Minority Graduates Association (WTMUGA)  
Federation of Western Thrace Turks in Europe (ABTTF)  
**Verletzung der Rechte der West-Thrakien Türken als Minderheit**

Den Wortlaut der Resolutionen finden Sie hier: [www.bit.ly/1mzPkpI](http://www.bit.ly/1mzPkpI)

# VIelfalt MUSS NOCH (ETWAS) WARTEN – EU MACHT BÜRGERINITIATIVE STRICH DURCH DIE RECHNUNG

Die Euphorie war auf einem Höhepunkt, als zum FUEV Kongress die Europäische Bürgerinitiative für Vielfalt, die Bürgerinitiative für die Minderheiten in Europa – die Minority SafePack Initiative – feierlich auf dem Domplatz in Brixen vorgestellt wurde. Die Luftballons, die symbolisch in den Himmel flogen, die Unterhaltung durch unser Language Diversity Team, der eigens produzierte Werbefilm sowie das sommerliche Wetter schufen eine blendende Atmosphäre. Die beiden einflussreichsten „Minderheiten-Volksgruppen“-Vertreter Europas, Landeshauptmann Luis Durnwalder und der Ex-Minister und Vorsitzender der zahlenmäßig größten Minderheit Europas, der Ungarn in Rumänien, Kelemen Hunor, hatten es sich beide nicht nehmen lassen und waren bei der Vorstellung unserer Bürgerinitiative persönlich anwesend. Der FUEV Präsident war so begeistert, dass er sich gar zu einem selbst getexteten Bürgerinitiative-Ständchen hinreißen lies.

Aus dem hohen Norden, hatte sich Ministerin Spoorendonk und aus Belgien, Ministerpräsident Lambertz, von der Großleinwand hinzugeschaltet. Nichts schien die Stimmung trüben zu können: Die Minderheiten wollten in einer noch nie da gewesenen, solidarischen Aktion eine Million Unterschriften für die Vielfalt in Europa sammeln. Gemeinsam sollte es gelingen, den Mächtigen in Brüssel und den Staaten Europas zu zeigen: Wir sind hier, wir sind viele und wir wollen mitgestalten und mitentscheiden.

Doch nur einige Wochen später war die Stimmung eine ganz andere. Ärger mischte sich mit Enttäuschung und Fassungslosigkeit: Die Europäische Kommission lehnte mit einem lapidaren Schreiben unsere Bürgerinitiative „Minority SafePack“ ab. Da einige der insgesamt 11 Vorschläge für konkrete Maßnahme der Initiative außerhalb des Kompetenzrahmens der Europäischen Kommission legen, falle die gesamte Bürgerinitiative außerhalb des Kompetenzrahmens. Daher könne man es nicht gestatten, dass die Minderheiten in Europa mit einer Bürgerinitiative an den Start gehen.

Doch wie der FUEV Präsident bereits in der Einleitung unterstrichen hat, wissen die Minderheiten aus jahrelanger Erfahrung, dass sie für ihre Rechte und Möglichkeiten zu kämpfen haben. Daher war nach dem politischen Tiefschlag aus Brüssel und einer kurzen Erholungsphase schnell deutlich: Wir geben so leicht nicht auf und überprüfen nun gewissenhaft und professionell unsere Möglichkeiten.

Mit Unterstützung unserer Mitglieder im Europäischen Parlament und dort vor allem dem Abgeordneten I. Winkler von den Ungarn in Rumänien wurde eine Krisensitzung organisiert. Im Beisein zahlreicher Abgeordneter und vieler Minderheitenvertreter wurde eine gemeinsame Erklärung verfasst, die deutlich unterstrich, dass man nicht so einfach aufgeben und alle möglichen Schritte, auch juristische, überprüfe. Gemeinsam mit der Intergruppe für nationale Minderheiten im Europäischen Parlament wurde die Europäische Kommission „ins Kreuzverhör“ genommen und in einer mit über 50 Personen – Abgeordnete und Mitglieder von Minderheiten – beeindruckend besetzten „Anhörung“, musste ein Direktor der Kommission Rede und Antwort stehen. Doch eine Öffnung zum Dialog war nicht zu vernehmen.

Was nun? Einpacken und aufgeben? Das war für das Bürgerkomitee, das offiziell die Bürgerinitiative eingereicht hatte, die Frage: Hans Heinrich Hansen, Luis Durnwalder, Kelemen Hunor, Valentin Inzko, Karl-Heinz Lambertz, Anke Spoorendonk entschieden sich nach eingehender Prüfung, den juristischen Weg einzuschlagen und am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg Klage einzulegen. Als Anwalt wurde Prof. Johansson aus Kiel gewonnen, der in seiner Klageschrift juristisch argumentiert, dass alle Forderungen unserer Bürgerinitiative innerhalb des Kompetenzrahmens der Europäischen Kommission fallen und daher die Initiative unzulässig zurückgewiesen worden sei.

Doch nach dem turbulenten Jahr 2013 lohnt sich auch ein Blick zurück auf die Entstehungsgeschichte unserer Minority SafePack Initiative.

Die Europäische Bürgerinitiative ist als Instrument der direkten politischen Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen der Europäischen Union seit dem so genannten Europäischen Vertrag von Lissabon etabliert und mit viel Vorschusslorbeeren (vor allem von Politikern und EU-Mitgliedstaaten) versehen worden. Mit der Bürgerinitiative sei ein Durchbruch erreicht, um das als chronisch beklagte Demokratiedefizit der Europäischen Union wenn nicht zu beheben, so doch signifikant zu verringern. 1 Million Unterschriften aus sieben europäischen Ländern reichen aus, um die Europäische Kommission dazu zu drängen, ein oder mehrere konkrete Anliegen innerhalb des Kompetenzrahmens der Europäischen Verträge aufzunehmen.

Es war der Freund der FUEV und stellvertretender Direktor der Grundrechteagentur in Wien, Gabriel Toggenburg, der uns während des FUEV Kongresses 2010 in Ljubljana ans Herz gelegt hatte, dieses neue Instrument der Einflussnahme zu nutzen, um den Minderheiten und ihren Forderungen auf europäischer Ebene mehr Gehör zu verschaffen. Es waren dann vor allem die Ungarn aus Rumänien, die den Prozess beschleunigten und sich für die Idee stark machten. Es gelang die Südtiroler Volkspartei als Gründungspartner ins Boot zu holen und die oben bereits genannten hochrangigen, politischen Vertreter aus den Regionen Europas zu einem Bürgerkomitee zusammenzuschließen, das formal die Initiative in Brüssel eingereicht hat.

Doch was soll in einer solchen Initiative eigentlich enthalten sein? Wie schaffen wir es ein attraktives Paket zu schnüren, das uns in die Lage versetzt die Minderheitenangehörigen dazu zu bringen, ihre Unterschrift zu setzen? In vielen Sitzungen und Konsultationen mit Experten, Abgeordneten, Minderheitenverbänden etc. entstand das Minority SafePack. Mit verschiedensten Vorschlägen, von Politischer Partizipation bis zur konkreten Sprach- und Kulturförderung. 2013 wurden verschiedene Minderheitenregionen in Europa besucht, um für die Idee einer solchen noch nie da gewesenen Minderheitenaktion zu werben. Die Idee kam an. MSPI wurde zu einem Begriff und mit Spannung wurde dem Beginn der Unterschriftenaktion und dem Durchbruch auf europäischer Ebene entgegengefeiert. Die Kommission wollte es leider anders.

Doch so groß die Enttäuschung unter den „MSPI-Aktivisten“ auch war und ist, hat dies auch etwas Positives. Zum einen wird es nun eine juristische Klärung geben, wie die Minderheiten in einer EU der Zukunft sich wiederfinden. Als Staffage für Sonntagsreden, oder mit Einfluss auf die Gestaltung der Gemeinschaft auch in den politisch relevanten Bereichen.

Die politische Solidarisierung, die nach dem ablehnenden Bescheid unter anderem im Landtag in Schleswig-Holstein zu einer einstimmigen Resolution für die MSPI sorgte oder im dänischen Folketing im Europaausschuss debattiert und wahrscheinlich nun in einer Plenardebatte fortgesetzt wird, sind nicht zu unterschätzen. In vielen Regionen Europas von Finnland bis Italien und Rumänien bis in die Niederlande wurde die Ablehnung durch die EU-Kommission verurteilt und erhielt in den Medien viel Spaltenplatz.

Nun werden die Gerichte entscheiden und wir geduldig warten – aber nicht mit den Händen im Schoß, sondern politisch aktiv. Es stehen 2014 wichtige europapolitische Ereignisse an. Ein neues Parlament wird gewählt, eine neue Kommission wird sich konstituieren und im Ausklingen der Finanzkrise wird die Diskussion über die Zukunft der EU wieder laut werden. Und es wird entscheidend sein, wie sich die Minderheiten – auch ohne das Sammeln von Unterschriften – dabei positionieren.

# HAUS DER MINDERHEITEN IN FLENSBURG & EINE STÄNDIGE VERTRETUNG IN BRÜSSEL

In Flensburg ist ein „Haus der Minderheiten“ geplant, ein Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum mit Tagungsmöglichkeiten. 2013 ist es gelungen, aus den regionalen EU-INTERREG-Mitteln im deutsch-dänischen Grenzland die Finanzierung der zweiten Phase dieses ambitionierten Vorhabens zu sichern.

2012 hatte die dänische Regierung Geld zur Verfügung gestellt, um die Machbarkeit eines solchen Vorhabens zu überprüfen. Mittlerweile sind die Gebäude in denen das Haus der Minderheiten entstehen wird, im Besitz unserer Mitgliedsorganisation SSF – dem Kulturträger der dänischen Minderheit. Gemeinsam mit dem BDN – dem Dachverband der deutschen Minderheit – wurde ein Antrag zur Umsetzung der dritten Phase gestellt und genehmigt. Dänemark und Schleswig-Holstein haben die Ko-Finanzierung in Aussicht gestellt und somit stehen rund 500.000 Euro zur Verfügung, um unter anderem die Konzeption für das Haus der Minderheiten auszuarbeiten und ein „Kampagnen-Kontor“ in den historischen Gebäuden einzurichten. Wir hoffen zum FUEV Kongress erste sichtbare Ergebnisse vorstellen zu können.

Die Idee des Hauses der Minderheiten beschränkt sich ausdrücklich nicht auf das deutsch-dänische Grenzland, sondern hat zum Ziel, alle Regionen in Europa – gerne mit eigenen Standorten und Schwerpunkten – mit einzubinden. Von Anfang an war klar, dass europäische Minderheitenpolitik nicht allein aus den Regionen Europas zu betreiben ist. Daher war es immer schon unser Ziel eine „Ständige Vertretung“ der Minderheiten in Brüssel zu etablieren.

Zu unserer großen Freude, hat Europaministerin und Mitglied des Europäischen Bürgerkomitees für unsere Minority SafePack Initiative, Anke Spoorendonk (Vertreterin der dänischen Minderheit, SSW) in einer Debatte des Landtages zu unserer Bürgerinitiative im September 2013 erklärt:

Wir sollten der Initiative auf jeden Fall die bestmögliche politische Unterstützung zusichern. Wir sollten stolz darauf sein, dass die Dachorganisation, also die FUEV, die das erste Referendum zu Minderheitenangelegenheiten angestoßen und für ganz Europa koordiniert hat, ihren Sitz hier bei uns in Schleswig-Holstein hat. (...)

Wir sollten aber auch regional diese Arbeit vor Ort stärken. Es ist notwendig, auch die Tätigkeit der FUEV in Schleswig-Holstein zu unterstützen. Denn dies bedeutet zugleich, die minderheitenpolitisch wichtigen Standorte Flensburg und Schleswig-Holstein zu sichern (...)

Ein großes Zukunftsprojekt, das es in den kommenden Jahren anzupacken gilt, wird das Europäische Haus der Minderheiten sein. Die Landesregierung greift damit gemeinsam mit unserem dänischen Nachbarn, der im Übrigen die Machbarkeitsstudie für das Haus der Minderheiten finanziert hat, auf die Kompetenzen einer Nichtregierungsorganisation, also auf die Kompetenzen der FUEV, zurück. Schleswig-Holstein hat sich damit auf der minderheitenpolitischen Bühne Europas zurückgemeldet. Ab 2014 werden wir zudem die Präsenz der FUEV in Brüssel unter dem Dach des Hanse-Office ermöglichen. Das Land wird dafür auch die Betriebskosten übernehmen.“

Wir sehen mit Spannung den Entwicklungen in 2014 für sowohl das Haus der Minderheiten als auch der „Ständigen Vertretung“ in Brüssel entgegen.

# SOLIDARITÄT – SITUATION DER ROMA VERSCHLECHTERT SICH TAG FÜR TAG

Die Lage vieler der rund 14 Millionen Roma in Europa ist verheerend. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Situation nur noch weiter verschärft. Die Europäische Union versucht mit verschiedenen Strategien und Ansätzen den Roma zu helfen und der drohenden Massenauswanderung der Roma, die vor allem in Südosteuropa unter katastrophalen Bedingungen in „Inseln der dritten Welt“ leben, zu begegnen. Bislang ohne durchschlagenden Erfolg.

Die FUEV versucht mit ihren bescheidenen Möglichkeiten, einen Beitrag zu leisten. Das Projekt „Solidarität mit den Roma – Minderheiten helfen Minderheiten“ wurde 2013 weiter entwickelt und die Projektgruppe um Dr. Jürgen Schöning und Dieter Lubeseder waren mit Experten in Ungarn vor Ort, um passende Partner für die verschiedenen konkreten Ideen weiter voran zu treiben. Dabei wird das Vorhaben finanziell von der Robert Bosch Stiftung und der Hermann Niermann Stiftung unterstützt. Ein umfangreiches Projektdesign wurde erarbeitet und wird nun im nächsten Schritt mit verschiedenen Partnern in einer ersten Testphase umgesetzt.

Leitgedanke der Projekte ist es, die Kompetenzen und Netzwerke der etablierten Minderheiten in Europa zu nutzen, um den Roma in ihren ganz konkreten Bedürfnissen weiter zu helfen.

Ein entscheidender Partner in dem Vorhaben ist der Zentralrat der Sinti und Roma in Deutschland, mit ihrem Vorsitzenden Romani Rose an der Spitze.

# LANGUAGE DIVERSITY TEAM: ONLINE, UNTERWEGS, IMMER PRÄSENT

Als der große Hingucker erwies sich auch 2013 unser Language Diversity Team, das bei zahlreichen Veranstaltungen im vergangenen Jahr für Informationen über die Mehrsprachigkeit in Europa sorgte. Dabei wurde kreativ mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikation, ansprechender Graphik und sympathischen Auftretens zahlreiche Interessierte erreicht.

Das Tätigkeitsspektrum umfasste Besuche in Schulklassen, wo spielerisch auf die Vielfalt der Sprachen und Kulturen aufmerksam gemacht wurde, bis hin zur „Promotion-Aktionen“ auf Festivals, bei politischen Veranstaltungen und vielen anderen Events.

Besonders aktiv war das Language Diversity Team um Judith Walde in den Sozialen Medien und im Internet. Ein Besuch auf [www.language-diversity.eu](http://www.language-diversity.eu) lohnt sich. Vielleicht willst ja auch Du / wollen Sie Besuch vom sympathischen Language Diversity Team?

„Language diversity“ ist eine zweijährige europäische Kampagne, die für Mehrsprachigkeit und sprachliche Vielfalt in Europa sensibilisiert.

Im Mittelpunkt des Projektes steht die Entwicklung und das Angebot von kontext- und zielgruppenspezifischen Tools und Produkten zur Sensibilisierung und Informationsvermittlung. Wir stützen uns dabei auf neue wissenschaftliche Zusammenhänge über die positiven Effekte der Mehrsprachigkeit.

Die Kampagne wird von der Europäischen Kommission gefördert.

## DIE FUEV UNTERWEGS

Die große Vielfalt der Minderheitenarbeit wird vor allem von Euch – von den Mitgliedsorganisationen der FUEV – tagtäglich unter Beweis gestellt. Sei es das Kirschfest bei den Westthrakier Türken, gelungene Gaalabende der Russlanddeutschen, feierliche Bälle der Burgenländischen Kroaten oder Folklorefestivals in der Lausitz. Die FUEV und vor allem das Präsidium versuchen an so vielen Veranstaltungen wie möglich teilzunehmen. Darüber hinaus kommen die vielen Vorstandstreffen und Arbeitssitzungen hinzu.

Das vergangene Jahr war mit vielen Reisen verbunden. Vor allem die Bürgerinitiative ließ uns bei vielen von Euch vorstellig werden. Wir bedanken uns für die Gastfreundschaft und die vielen konstruktiven Gespräche und Treffen.

Neben dem FUEV Kongress fanden verschiedene Veranstaltungen statt. Hier sollen nun drei dieser FUEV Veranstaltungen im Jahr 2013 besondere Erwähnung finden:

Wir danken auch in diesem Jahr der Domowina, dem Dachverband der Lausitzer Sorben, das sie erneut federführend bei der Durchführung des Treffens der Slawischen Minderheiten in Aktion getreten ist. Das Treffen fand 2013 in Košice in der Slowakei statt und sieben slawische Minderheiten nahmen Teil.

Für viel Aufsehen – und hier erneut ein Dank an unser Language Diversity Team – sorgte die Feier des Europäischen Tages der Sprachen in Brüssel. Wenngleich die Stimmung wegen der Ablehnung der Bürgerinitiative leicht gedrückt war, kann die werbewirksame Aktion mit Flyern, Infomaterial und direkter Kontaktaufnahme in den weitläufigen Gängen des Europäischen Parlaments als ein voller Erfolg gewertet werden.

Als drittes Beispiel unserer vielen Veranstaltungen ist die „Sprachenkonferenz“ in Cottbus – veranstaltet von dem ehemaligen FUEV Vizepräsidenten und Direktor des Niedersorbischen Institutes, Hauke Bartels, hervorzuheben. Es gelang in Cottbus zahlreiche Vertreter des Europarates (Expertenkomitee), Politiker und Minderheitensprecher an einen Tisch zu bekommen. Thema war die Zukunft einer nachhaltigen Sprachpolitik in Europa.

Abschließend sei auch der Jugend Europäischer Volksgruppen gedankt, die bei vielen Veranstaltungen der FUEV präsent war. Wir erhoffen uns für 2014 eine noch intensivere, konstruktive Zusammenarbeit. Immerhin feiern beide Organisationen Jubiläum. JEV (30) und FUEV (65).

Einen Überblick über unser vielfältiges Programm findet Ihr auf unserer Homepage [www.fuen.org](http://www.fuen.org) oder bei facebook und twitter.

## FUEV IN FINANZNÖTEN – WER SOLL DAS BEZAHLEN?

Es scheint eine „never ending story“ zu sein. Jedes Jahr wird der Tätigkeitsbericht mit Garantie mit einer schlechten und deprimierenden Schau auf unsere Finanzen enden. Jedes Jahr wird aufs Neue darauf verwiesen, dass wir ein zwar immer weiter steigendes Aktivitätsniveau vorhalten und dass unser Einfluss stetig steigt, aber dass dies alles mit viel zu geringen finanziellen und personellen Ressourcen erbracht werden muss.

So ist dem auch 2013. Zwar steigen die Mitgliedseinnahmen und die Projektzuschüsse. Doch leider ist es in diesem Jahr erneut nicht gelungen – trotz Antrages – eine Finanzierung unserer Arbeit durch die Europäische Union zu erwirken. Ferner ist es auch nicht gelungen, weitere institutionelle Förderer hinzuzugewinnen oder die bestehenden Mittel nachhaltig zu erhöhen.

Darüber hinaus waren die Ausgaben – nicht zuletzt durch die Europäische Bürgerinitiative – hoch und wir stehen weiter vor der Frage, wie wir den Spagat zwischen den Ansprüchen und der Finanzierbarkeit zusammenbringen.

Leider sind zusätzliche Mittel und dazu gehören auch weitere Institutionelle Förderer nur zu gewinnen, wenn wir nachweisen, dass wir aktiv und breit aufgestellt als der Dachverband der europäischen Minderheiten – unverzichtbar – agieren. Dafür fehlen uns aber die Mittel. Ein Teufelskreislauf, den wir auch 2014 werden versuchen zu brechen.

Doch wir wollen nicht mit einer negativen Grundstimmung diesen Jahresbericht beschließen, sondern uns bei Euch – den pünktlichen, verlässlichen Zahlern der Mitgliedsbeiträge bedanken und bei den vielen – schon über Jahrzehnte treuen institutionellen Förderern. Ohne Euch, würden wir 2013 nicht auf ein so umfangreiches und erfolgreiches Jahr für die Minderheiten in Europa zurückblicken können. **Danke.**

© Federal Union of European Nationalities (FUEN) February 2014

Hans Heinrich Hansen, President  
Jan Diedrichsen, Director  
Susann Schenk, Head of office

FUEN-Generalsekretariat  
Federal Union of European Nationalities  
Schiffbrücke 41  
24939 Flensburg  
Germany

Phone: +49 461 12 8 55  
Fax: +49 461 18 07 09  
E-Mail: [info@fuen.org](mailto:info@fuen.org)  
Web: [www.fuen.org](http://www.fuen.org)

Editor: Jan Diedrichsen  
Translation: Frank de Boer  
Layout: visuellverstehen GmbH  
Foto: FUEN Congress Brixen 2013

# FÖRDERER

Ein Dank gilt allen Förderern und angeschlossenen Mitgliedsverbänden, die die FUEV materiell, ideell und finanziell über die Jahre unterstützt haben.



Landesregierung Schleswig-Holstein  
Deutschland



Regierung der  
Deutschsprachigen Gemeinschaft  
Belgien



Ministry for Education  
Denmark



Autonome Provinz  
Bozen-Südtirol  
Italien



Freistaat Sachsen  
Deutschland



Bundesministerium  
des Innern

Bundesministerium des Innern  
Deutschland



Amt der Kärntner Landesregierung  
Österreich



Autonome Region  
Trentino-Südtirol  
Italien



Europäische Kommission



Der Ministerpräsident  
des Landes Brandenburg

Robert Bosch Stiftung

Robert Bosch Stiftung



Europäischer Fonds für regionale Entwicklung  
Europäische Union . Investition in Ihre Zukunft